

7. Interparlamentarisches Treffen für erneuerbare Energien

Erklärung von Berlin 2007

Zur bevorstehenden

Rahmenrichtlinie für erneuerbare Energien

Wir, Mitglieder der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Europaparlaments, fordern eine klare und ambitionierte Rahmenrichtlinie für erneuerbare Energien (renewable energy sources, RES), um RES Potenziale in den Mitgliedstaaten zu erforschen und eine angemessene Implementierung nationaler RES Politiken zu ermöglichen.

Die wichtigsten Herausforderungen

Klimawandel

Der Klimawandel ist Realität. Die Beweise sind überwältigend und die Wissenschaft ist sich einig, dass menschliche Aktivitäten den Klimawandel verursachen. Dies geschieht hauptsächlich durch das Verbrennen von fossilen Brennstoffen, welches Treibhausgase produziert. Gletscher ziehen sich zurück, die Arktis schmilzt, der Meeresspiegel steigt, Wüsten breiten sich aus und Tier- und Pflanzenarten sterben aus – dies sind nur einige der dramatischen Folgen unserer Energieproduktion und unseres Energieverbrauchs. Damit diese Folgen in tragbaren Grenzen bleiben, darf die weltweite Durchschnittstemperatur nicht um mehr als +2°C ansteigen. Laut des neuesten Reports des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) muss das Maximum der Treibhausgas-Emissionen mit anschließendem Sinken in den nächsten 10-15 Jahren erreicht sein. Dies erfordert einen bedeutenden Wandel in unserer Energie- und Transportpolitik.

Energienachfrage und steigende Energiepreise

Globalisierung und Industrialisierung haben zu einer ansteigenden Nachfrage für fossile Brennstoffe und Energie geführt. Der weltweite Energieverbrauch hat sich seit den 1970er Jahren verdoppelt und die Energienachfrage wird bis zum Jahr 2030 um mehr als 50% steigen, wenn keine entschiedenen Maßnahmen ergriffen werden.

Gleichzeitig haben jedoch 1,8 Milliarden Menschen weltweit gar keinen Zugang zu Energiediensten. Bedenkt man, dass innerhalb der nächsten Jahrzehnte die Weltbevölkerung von heute 6,6 Mrd. auf schätzungsweise mehr als 9 Mrd. anwächst, wird die Energienachfrage weiterhin beträchtlich steigen.

Die stetige Zunahme der Nachfrage hat zu steigenden Energiepreisen geführt, die im September 2007 mit einem Ölpreis von 80 Dollar je Barrel ihr bisheriges Hoch erreichten und private Haushalte sowie Unternehmen gleichermaßen belasten.

Energieimport-Abhängigkeit und Endlichkeit konventioneller Energiequellen

Europas Energieversorgungssystem ist durch einen dominierenden Anteil konventioneller Energiequellen und einer hohen Abhängigkeit importierter Energieträger gekennzeichnet.

Bereits heute muss in der EU 50% aller Energie importiert werden – ein Anteil der dramatisch und zu unvorhersehbaren Preisen steigen wird.

Die Energienachfrage der EU wird zu 93% durch fossile Brennstoffe gedeckt, mit 80% an importiertem Öl, 55% importiertem Gas und 100% importiertem Uran. Dabei muss bedacht werden, dass all diese Ressourcen ihrer Natur nach endlich sind und innerhalb dieses Jahrhunderts zur Neige gehen werden.

Wir, Mitglieder der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Europaparlaments, sind überzeugt, dass wir ohne eine deutliche Verlagerung hin zu erneuerbaren Energien, Energieeinsparungen und Energieeffizienz, die Möglichkeit versäumen, eine ausreichende Energieversorgung zu erschwinglichen Preisen für alle bereitzustellen. Wir müssen unsere Energieversorgung sicherstellen und den Klimawandel eindämmen.

Lösungen

Bedeutende Fortschritte für erneuerbare Energien in der Vergangenheit

Erneuerbare Energien hatten und haben weiterhin das Problem, dass sie in den Bereichen der Subventionen sowie Forschungs- und Entwicklungsbudgets noch immer nicht die gleiche Unterstützung erhalten wie konventionelle Energien.

Eine Internalisierung externer Kosten von Luftverschmutzung, Klimawandel und anderen gesellschaftlichen Bedrohungen fehlt noch immer.

Trotz dieser Mängel sind erneuerbare Energien in Europa eine Erfolgsgeschichte.

Europa verfügt heute über die Führerschaft in einem weiten Feld von erneuerbaren Energietechnologien einschließlich Wasserkraft, Wind, Solar sowie Geothermie, Biomasse und Meeresenergie. Diese Erfolgsgeschichte ist vor allem denjenigen Mitgliedsstaaten zu verdanken, welche eine stabile langfristige Unterstützung und somit Sicherheit für Investoren garantieren. Solche Förderinstrumente sind besser bekannt unter dem Namen „Feed-in Systeme“ (Einspeisesysteme, oder auch Einspeisevergütungsregelungen) und haben sich als höchst kosteneffizient und effektiv erwiesen.

Die Basis für die Entwicklung erneuerbarer Energien in Europa wurde 1997 mit dem Weißbuch über erneuerbare Energien gelegt. Darin wurde das Ziel festgelegt, bis zum Jahr 2010 den Anteil erneuerbarer Energie auf 12% des Gesamt-Energieverbrauchs zu erhöhen.

Dank der Richtlinie zur „Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen“ (RES-E Richtlinie) von 2001 und der Richtlinie „zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen“ von 2003 ist in Europa ein deutliches Wachstum in diesen Bereichen zu verzeichnen. Die europäische erneuerbare-Energien-Industrie hat einen jährlichen Umsatz von mehr als 25 Mrd. EUR, beschäftigt mehr als 350.000 Menschen und hilft dabei, die Lissabon Kriterien zu erfüllen. Darüber hinaus reduziert sie Treibhausgas-Emissionen. Innerhalb der genannten gesetzlichen Rahmen sind sektorenspezifische Ziele festgelegt sowie Bestimmungen zu prioritärem und barrierefreiem Netzzugang, welche das Vertrauen von Investoren sicherstellt. Dennoch fehlen noch immer Regulierungen und Anreize für den Wärme- und Kühlungs-Sektor.

Das Europäische Parlament war von jeher einer der zentralen Unterstützer der Entwicklung der erneuerbaren Energien in Europa. Dabei hat es immer auf einen sektoralen Ansatz der drei

wichtigsten Bereiche Elektrizität, Transport, Heizung und Kühlung sowie auf das Gesamtziel eines 25% Anteils von erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch bis 2020 gedrängt.

Weiterführende Unterstützungsmaßnahmen für erneuerbare Energien

Wir, Mitglieder der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Europaparlaments, begrüßen den einstimmigen Beschluss der 27 EU Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Ratstreffen im März diesen Jahres, den Anteil an erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 20% im Jahre 2020 zu steigern. Diese Entscheidung hat den Grundstein für eine andersartige Umwelt- und Energiezukunft gelegt.

Nun sind die Europäische Kommission, das Europäische Parlament sowie die Europäischen Regierungen herausgefordert, diese Ergebnisse in einen gesetzlichen Rahmen umzusetzen einschließlich starker Maßnahmen und Gesetze, um die Basis für Investitionen in alle verschiedenen Formen der erneuerbaren Energietechnologien zu schaffen

Hauptforderungen

Rahmenrichtlinie für erneuerbare Energien

Wir, Mitglieder der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Europaparlaments, fordern:

Einen sektorspezifischen Ansatz mit einer fairen und transparenten Beteiligung aller drei RES Sektoren und aller EU Mitgliedstaaten am minimalen 20%-Ziel bis 2020. Dieses Ziel sollte als Zwischenziel eines höheren Anteils erneuerbarer Energien betrachtet werden,

Die ausschließliche Berücksichtigung der erneuerbaren Energien für die Erreichung des verbindlichen 20%-Zieles,

Ein mittelfristiges Gesamtziel sowie sektorspezifische Ziele für das Jahr 2015, um den andauernden Prozess zu überwachen und zu beurteilen und um gegebenenfalls gewisse Aspekte der Richtlinie zu überarbeiten,

Notwendige Mittel für die EU-Kommission, um den Fortschritt bewerten und Mitgliedstaaten sanktionieren zu können, welche in ihrer Zielerreichung scheitern,

Den Vorrang von Erzeugungsanlagen, die erneuerbare Energien einsetzen, wie erfolgreich in der existierenden RES-E Richtlinie und der Biokraftstoff-Richtlinie beschrieben,

Eine ehrgeizige Gesetzgebung für Wärme und Kühlung mit der Absicht, den bisherigen Anteil bis 2020 zumindest zu verdoppeln,

Länderspezifische verbindliche sektorale Ziele in den nationalen Erneuerbare-Energien-Aktionsplänen (Renewable Energy Action Plans, RAPs),

Eine Rahmenrichtlinie, welche in Bezug auf Fördersysteme dem Subsidiaritätsprinzip folgt und keine bestehenden erfolgreichen Systeme - wie etwa die Einspeisemodelle - gefährdet, die sich bereits als kosteneffizient und effektiv in Bezug auf zu erreichende nationale Ziele bewährt

haben und zur gleichen Zeit eine breite Technologievelfalt ermöglichen. Daher drängen wir die Europäische Kommission ihre Idee zu verwerfen, ein verbindliches EU Zertifikate-Handelssystem einzuführen, welches möglicherweise bereits bestehende erfolgreiche Systeme unterlaufen könnte.

Ein Zertifizierungssystem, um die Nachhaltigkeit von Biomasse einschließlich Biokraftstoffen sicherzustellen.

Globaler Dachfond für Energieeffizienz und erneuerbare Energien – Global Energy Efficiency and Renewable Energy Fund (GEEREF)

Wir, Mitglieder der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Europaparlaments, begrüßen den Kommissionsvorschlag zur Gründung des globalen Dachfonds für Energieeffizienz und erneuerbare Energien (GEEREF) und fordern die EU-Mitgliedstaaten dazu auf, sich finanziell an diesem Fond zu beteiligen.

Europäischer strategischer Energietechnologie Plan – European Strategic Energy Technology Plan (SET-Plan)

Wir, Mitglieder der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Europaparlaments, fordern die Europäische Kommission auf, im bevorstehenden Vorschlag zum europäischen strategischen Energietechnologie Plan (SET-Plan) den Themen Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbare Energien in Bezug auf technologische als auch organisatorische Innovationen höchste Priorität einzuräumen. Außerdem sollten die spezifischen Probleme der mediterranen Länder bei der Entsalzung angesprochen werden.

Selbstverpflichtung

Wir, Mitglieder der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Europaparlaments, verpflichten uns, diese Themen in unseren jeweiligen Parlamenten vorzubringen und besonders für die bevorstehende Rahmenrichtlinie für erneuerbare Energien in unseren eigenen Parlamenten, bei unseren jeweiligen Regierungen sowie in der Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu werben.

Mandat für EUFORES

Wir, Mitglieder der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Europaparlaments, fordern EUFORES auf, diese Erklärung an unsere Kollegen in den 27 nationalen Parlamenten der EU, an das Europäische Parlament, an alle relevanten Institutionen und Organisationen und durch die Medien an die Öffentlichkeit zu bringen.

Wir, Mitglieder der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Europaparlaments, fordern EUFORES auf, sein Netzwerk von Parlamentariern in unserem Namen weiterzuentwickeln, die Parlamentarier über die laufenden Entwicklungen zu informieren und Folge-Treffen zu organisieren, um uns Parlamentariern die notwendigen Informationen und Plattformen zur Verfügung zu stellen, um den bevorstehenden politischen Prozess diskutieren und beeinflussen zu können.



Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte:

EUFORES

European Forum for Renewable Energy Sources

Renewable Energy House

Rue d'Arlon 63-65

B-1040 Brussels, Belgium

Tel.: +32(2)5461948

Fax: +32(2)5461934

E-mail: eufores@eufores.org

www.eufores.org